



## **Freie Apothekerschaft fordert: Der Mensch muss wieder in den Mittelpunkt / Honorar für Apotheken erhöhen**

*Von Pressemitteilung*

Erstellt am 8 Feb 2018 - 21:20

Herxheim, im Februar 2018 - Zuwendung zum Patienten, das Zwischenmenschliche, die Gespräche, die individuelle und persönliche Beratung, das Kümmern, das Versorgen - auch bis ans Krankenbett - zählt in der heutigen Zeit nicht mehr. Es wird von Politik und Krankenkassen immer weniger honoriert. Ist es aber nicht gerade das, was kranke Menschen und ihre Angehörigen wollen? Ist es nicht auch das, wofür sie ihre Versichertenbeiträge entrichten? Denn der Mensch ist das Wichtigste. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Debatten um die Neugestaltung der Arzneimittelpreisverordnung und dem kürzlich veröffentlichten Honorargutachten, fordert die Freie Apothekerschaft eine Erhöhung des Packungsabgabehonorars durch die komplette Abschaffung des Krankenkassenrabatts.

Wenn sich mit der CDU/CSU nun auch die SPD im Koalitionsvertrag für ein Versandverbot verschreibungspflichtiger Arzneimittel einsetzen will, so ist das lediglich eine wohlwollende Absichtserklärung. Die Umsetzung kann Monate oder auch Jahre dauern. Viele Apotheken werden schließen müssen, wenn das Honorar und die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht schnellstens verbessert werden. „In diesem Zusammenhang muss man besonders im Gesundheitswesen der Politik die Förderung einer „kalten“ Gesellschaft vorwerfen“, so Dr. Helma Gröschel, Vorsitzende der Freien Apothekerschaft „Verschreibungspflichtige Arzneimittel sind nicht als reine Lieferobjekte zu betrachten. Sie sind Waren besonderer Art, zu denen die persönliche Abgabe und Beratung durch die Apotheke vor Ort gehören.“

Die Apotheken als der „soziale Kitt“ im Gesundheitswesen sind jeden Cent wert, den die Krankenkassen dafür ausgeben. Per Gesetz sind den Apotheken viele Gemeinwohl-Aufgaben aufgetragen, die aber nicht bezahlt werden. Das Inkasso der Rezeptgebühren bei den Patienten, die Vorfinanzierung der Arzneimittel, das finanzielle Risiko am Preisanteil der Pharma-Industrie sind hier beispielhaft zu nennen. Auch eine Abschaffung der Rabattverträge würde die Apotheken arbeitsmäßig deutlich entlasten. Bei einer Absenkung des im Gutachten beschriebenen Honorars zuzüglich vieler versteckter Stellschrauben in der Arzneimittelpreisverordnung sind mehr als 7.000 Apotheken in ihrer Existenz gefährdet, 70.000 Mitarbeiter könnten dann auf der Straße stehen.

Seit 2004(!) wurde das Apothekenhonorar nicht mehr an die Inflationsrate angepasst. Eine Verschlechterung in der Arzneimittelversorgung durch weitere Schließungen von Apotheken ist so unausweichlich und geht auf Kosten der Patienten. Und zerstört Arbeitsplätze. Den Krankenkassenrabatt von 25% abzuschaffen und so das Packungsabgabehonorar deutlich zu erhöhen, wären ein Schritt in die richtige Richtung, um Arbeitsplätze und die flächendeckende Arzneimittelversorgung der Bürger mit den Notdiensten rund um die Uhr zu sichern. Einsparpotenziale sieht die Freie Apothekerschaft bei den Verwaltungsausgaben der über 110 Krankenkassen. Von den Gesamtausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 222,73 Milliarden Euro (2016) entfielen 4,9 Prozent auf die Verwaltungskosten der Krankenkassen, lediglich 2,3 Prozent auf die Apotheken. Die Freie Apothekerschaft empfiehlt dem neuen Gesundheitsministerium, sich auch deutlich mehr um die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu kümmern, damit die Apotheken in Zukunft nicht mehr dem Vertragsdiktat der Gesetzlichen Krankenversicherung hilflos ausgeliefert sind, denn: Der Mensch muss endlich wieder in den Mittelpunkt!

Links: <https://www.deutsche-apothekerzeitung.de/news/artikel/2018/01/24/honorar...> [1]

Link zur Karikatur: <http://apothekerverein.de/wp-content/uploads/2018/02/Politische-Honorier...> [2]

Filename/Title

Größe



Filename/Title

Größe

[Logo.jpg](#) [3]

13.47 KB

- [Gesundheit und Vorsorge](#)

**Quellen URL (aufgerufen am 31 Dez 2020 - 04:58):** <http://www.medkom24.eu/node/22963>

## Links:

[1] <https://www.deutsche-apothekerzeitung.de/news/artikel/2018/01/24/honorargutachten-rechtlich-unbrauchbar>

[2] <http://apothekerverein.de/wp-content/uploads/2018/02/Politische-Honorierung-eines-Berufsstandes.jpeg>

[3] <http://www.medcom24.de/files/active/0/Logo.jpg>